

DAS Christian Neef **SCHATTEN** **REGIME**

**Wie der sowjetische
Geheimdienst nach
1945 Deutschland
terrorisierte**

Propyläen

Christian Neef
Schattenregime



Nach intensiver Recherche in russischen und deutschen Archiven zeichnet Christian Neef ein neues Bild der Anfangsjahre der Sowjetischen Besatzungszone nach 1945. Mag auch – wie oft behauptet – stellenweise ein gutes Verhältnis zwischen den Russen und der ostdeutschen Bevölkerung geherrscht haben, die Regel war es nicht. Von Beginn an malträtierte der sowjetische Geheimdienst die Bewohner des besetzten Gebietes und konterkarierte damit die Politik der von Moskau eingesetzten Militärverwaltung. Als »Schattenregime« war das NKWD verantwortlich etwa für die Verhaftung, Verschleppung und Ermordung von Menschen, die willkürlich als Abweichler oder gar Verräter gesehen wurden. Auch die Entführung wichtiger Wissenschaftler und materielle Demontagen geschahen auf geheimdienstliche Anweisung – alles im Einvernehmen mit Stalin. Neef stellt viele der an den Aktionen beteiligten NKWD-Funktionäre vor. Er zeigt, was den sowjetischen Geheimdienst seinerzeit kennzeichnete und wieso vieles davon dem entspricht, was wir heute von Putins Russland kennen.

Christian Neef, geboren 1952 im brandenburgischen Perleberg, studierte in Leipzig Journalistik und Geschichte. Der ausgewiesene Experte für Russland, Osteuropa und Afghanistan lebte 16 Jahre in Moskau. U. a. war er zehn Jahre stellvertretender Auslandschef des *Spiegel*. Heute arbeitet er als freier Autor zu Themen über Russland und Osteuropa. Er veröffentlichte mehrere Bücher zur russischen Geschichte, zuletzt über den Untergang der deutschen Gemeinde von St. Petersburg nach 1917.

Propyläen wurde 1919 durch die Verlegerfamilie Ullstein als Verlag für hochwertige Editionen gegründet. Der Verlagsname geht zurück auf den monumentalen Torbau zum heiligen Bezirk der Athener Akropolis aus dem 5. Jh. v. Chr. Heute steht der Propyläen-Verlag für anspruchsvolle und fundierte Bücher aus Geschichte, Zeitgeschichte, Politik und Kultur.

Christian Neef

Das Schattenregime

**Wie der sowjetische Geheimdienst nach 1945
Deutschland terrorisierte**

Propyläen

Wir verpflichten uns zu Nachhaltigkeit



- Papiere aus nachhaltiger Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Quellen
- Druckfarben auf pflanzlicher Basis
- ullstein.de/nachhaltigkeit

Soweit nicht anders gekennzeichnet, wurden russischsprachige Originaltexte vom Autor übersetzt.

Abbildungen:

- S. 27, 45 u. 59: Privatarhiv Vera Serowa Moskau
- S. 33 u. 260: Landesarchiv Sachsen-Anhalt Dessau u. Merseburg
- S. 104: Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte Moskau
- S. 105 u. 106: Landesarchiv Mecklenburg-Vorpommern Schwerin
- S. 124: Bundesarchiv Berlin
- S. 196: Deutsches Historisches Museum Berlin
- S. 234: Christian Neef
- S. 289: Privatbesitz Wladimir Usolzew



ISBN 978-3-549-11002-7

Sonderausgabe für die Zentralen für politische Bildung.

Nicht zum Verkauf bestimmt.

© Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2024

Alle Rechte vorbehalten

Wir behalten uns die Nutzung unserer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.

Lektorat: Ludger Ikas

Gesetzt aus der Kepler

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck und Bindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

Dieses Buch ist jenen in Russland gewidmet, die sich
der Verfälschung der Geschichte widersetzen.

Inhalt

1. Die Tragödie der Nachkriegszeit 11
2. NKWD oder KGB? 24
3. Die unbekannte Macht 28
4. Generalprobe Polen: Der Vorstoß Richtung Westen 34
5. Juni 1941: »Schreckliche Stimmung« beim NKWD 46
6. Einmarsch in Deutschland 52
7. Lebensläufe – Das Personal des NKWD 60
8. 1945: Die Jagd nach Prominenten 76
9. Verhaftungen und kein Ende –
Piecks vergeblicher Einspruch im Kreml 88
10. Die Beschlagnahme der Archive 107
11. Alltag beim NKWD 117
12. Der Geheimdienst als Störfaktor der Politik 125
13. Kader entscheiden alles –
Was Personalakten erzählen 139
14. Auf der Suche nach Spezialisten 159
15. Zwei ungleiche Partner: Wassili Stalin
und Geheimdienstchef Iwan Serow 168
16. Nächtliche Verschleppung:
Die Deportation vom Oktober 1946 175
17. »Überflüssige Reserven« –
Katzbuckeln vor Josef Stalin 197
18. Demontagen für den Gulag 203
19. Verräter und Abtrünnige 211
20. Der Kampf zwischen NKWD und Spionageabwehr 226
21. Abrechnung in Moskau 235

- 22.** Die deutschen Erben des NKWD 246
- 23.** Das Ende hoffnungsvoller Karrieren 261
- 24.** Sieben Jahrzehnte später: Russlands Drohung
von der Rückkehr nach Berlin 272

Dank 291

Abkürzungsverzeichnis 292

Literaturverzeichnis 294

Archive 298

Anmerkungen 299

Personenregister 315

»Die Deutschen hassen uns. Gorbatschow oder irgendwer anderes hat unsere Truppen von dort zurückgezogen. Man hätte sie als Verräter verurteilen müssen, man hätte dort bleiben müssen, wo wir waren, damit sie [die Deutschen] ihren Platz verstehen. Wir müssen dorthin zurückkehren, das ist unser Territorium, wir müssen die falsche Entscheidung der damaligen Führung revidieren.«

Ramsan Kadyrow, von Putin eingesetztes Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, am 13. Februar 2023

»Scholz, Baerbock, Pistorius – das deutsche Volk wird sehen, welche Nazi-Führer es wieder groß gemacht und an die Macht gebracht hat.«

Wladimir Solowjow, Moderator des russischen Staatsfernsehens Rossija 1, am 24. Januar 2023

Die Tragödie der Nachkriegszeit

Ich bin mit einer Mauer aufgewachsen. Nicht in Berlin, wo es sie zu der Zeit noch gar nicht gab, sondern in einer kleinen Stadt im Brandenburgischen. Bei meiner Geburt war der Krieg fast sieben Jahre vorbei. Mein Heimatort ist eine ehemalige Hansestadt, sie liegt malerisch auf einer Flussinsel: überall Fachwerk, das prächtige Rathaus, ein Werk der Berliner Architekten Carl und August Stüler, selbstbewusst vor die gotische Kirche gestellt, den Markt bewacht ein stattlicher Roland. Eine fast 800 Jahre alte Idylle.

Wenige Schritte vom alten Zentrum entfernt jedoch, in einem Villenviertel aus der Gründerzeit, stand eine Mauer. Man hatte sie nur grob hochgezogen und nachlässig verputzt, um Schönheit ging es hier nicht. Hinübersehen war unmöglich und auch nicht erwünscht.

Als Kind hielt ich diese Mauer für ganz selbstverständlich, näher über sie nachgedacht habe ich nicht. Dabei zog sie sich mehrere Kilometer durch die Stadt, von den Kasernen des ehemaligen Kurmärkischen Feldartillerieregiments Nr. 39 am Amtsgericht und dem Gemeindehaus der Evangelischen Kirche vorbei bis zum Gelände einer alten Brauerei. Hinter der Mauer, das wusste man, wohnten »die Russen«, jene Rotarmisten, die 1945 in die Stadt gekommen und in ihr geblieben waren. Sehr zum Entsetzen der Einwohner – die von ihnen herbeigesehnten Amerikaner waren wenige Kilometer vor der Stadt stehen geblieben.

Die Russen übernahmen die früheren Kasernen und ließen die Häuser und Villen in den angrenzenden Vierteln räumen. Es waren weit über hundert. Eine Parallelwelt entstand, die fast fünfzig Jahre lang existieren sollte. Auf die Mauern der Russen stieß man auch

außerhalb der Stadt: am Flugplatz, den sie für die Einrichtung eines weiteren Militärstädtchens beschlagnahmt hatten, und im schier endlosen Kiefernwald auf der anderen Seite der Fernverkehrsstraße, die Richtung Elbe führte. Dort betrieben sie einen Schießplatz nebst Panzerrollbahn.

Damals fiel mir auf, dass meine Mutter in zwei Zeitrechnungen dachte. »Das war im Frieden«, sagte sie, wenn sie von einem Ereignis in den 1930er-Jahren sprach. Woraus ich schloss, dass die 1950er für sie noch keinen Frieden bedeuteten.

Als Kind gefiel es mir, wenn im Sommer die Sirene ging und die Männer der Freiwilligen Feuerwehr von der Arbeit weg zum Depot hasteten, um die Löschfahrzeuge zu holen – das Depot war nicht weit von unserem Haus entfernt. Oft hatten die Russen den Wald vor der Stadt in Brand geschossen. Wir sahen sie nur, wenn sie in langen Kolonnen zur Übung ausrückten oder wenn Offiziere in unserem Teil der Stadt nach Soldaten fahndeten, die auf der Suche nach Lebensmitteln oder Alkohol über die Mauer geklettert waren. Oder wenn wir im »Russensmagazin« einkauften, einem kleinen Warenhaus am Eingang zur »Verbotenen Stadt«. Ansonsten gab es mit den Besatzern keine Berührungen, keine Gespräche, keinen Kontakt. Dafür kursierten unter den Erwachsenen Gerüchte und Erzählungen von tödlichen Zwischenfällen, es gab Geraune von Festnahmen und Enteisungen.

Dass in meiner Heimatstadt nicht nur Moskaus Streitkräfte Einzug gehalten hatten, sondern auch ein Kommando des sowjetischen Geheimdienstes – einer seiner letzten Chefs vor Ort hieß Daniil Popowitsch –, wusste ich natürlich nicht, es hätte mir damals ohnehin nichts gesagt. Genauso wenig wusste ich, dass eine meiner späteren Lehrerinnen noch 1952 von eben diesem Geheimdienst abgeholt und in ein Lager im russischen Workuta gebracht worden war (eines der härtesten Zwangsarbeitslager des Gulag), während ihr Mann kurz darauf erschossen wurde. Bis zum Mauerfall blieb das geheim. Auch hatte uns niemand aufgeklärt, dass rund um unsere kleine Stadt Truppen fast in Armeestärke in Stellung gegangen waren.¹

1983 – die Russen saßen noch immer in meiner Heimatstadt – ging ich als Korrespondent in die Sowjetunion. Ihr stand zu jener

Zeit Juri Andropow als Parteichef vor, er war wenige Monate zuvor noch Vorsitzender des sowjetischen Geheimdienstes KGB gewesen. Mit einigen Unterbrechungen lebte ich fast zwanzig Jahre lang in Moskau. Als ich die Stadt nach meinem letzten Einsatz verließ, schrieb man das Jahr 2017. Die Sowjetunion hieß nun wieder Russland, und dessen Führer war seit Langem Wladimir Putin. Dass dieser bald einen Krieg entfesseln würde – den ersten seit 1945 in Europa –, hätte ich damals nicht für möglich gehalten, obwohl ich mir über sein Weltbild und seine Rücksichtslosigkeit keine Illusionen machte, denn ich hatte ihn oft genug aus nächster Nähe erlebt. So wie Andropow war auch Putin bis kurz vor seinem Amtsantritt Chef des Geheimdienstes gewesen.

Was ist das für ein Land, das sich seine Führer aus den Reihen des Geheimdienstes zu holen pflegt? Und warum macht es das?

Geheimdienste sind Einrichtungen, denen aus der Sicht des einfachen Bürgers etwas Unheimliches, Unberechenbares, ja Schmutziges anhaftet. Es sind Dienste, die Verdächtige und Andersdenkende bespitzeln, Putsche anzetteln und Gegner umbringen, die Misstrauen gegenüber den Mitmenschen für ihr oberstes Gebot halten, allerorten Verschwörungen wittern und bereit sind, verbrecherische Handlungen mit angeblichen Staatsinteressen zu rechtfertigen. Wer wie Wladimir Putin im Geheimdienst groß geworden ist, misstraut anderen und unterstellt auch ihnen jene Skrupellosigkeit, ja Gewaltbereitschaft, zu denen er selbst fähig ist. Auf dieser anerzogenen Form von Paranoia fußt Putins Unfähigkeit zum Kompromiss, die er als Präsident so oft zeigt.

In Russland und der Sowjetunion war der Geheimdienst immer auch politische Polizei – eine Polizei, die für die Sicherheit des Systems und seiner Führung zu sorgen hatte. Sie tat und tut das mit den ihr eigenen Methoden: Denunziation und Verleumdung, Stigmatisierung und Ausgrenzung, Willkür und Entrechtung. »Die eigentliche Schöpfung, die aus der sogenannten Russischen Revolution hervorgegangen ist«, sagt der Philosoph Peter Sloterdijk sehr treffend, »ist die Gleichsetzung eines geheimdienstlichen Unternehmens, eines Komplotts mit dem ganzen Staatswesen.«²

Je mehr ich in Russland in die Geschichte eintauchte, umso öfter

stieß ich auf das Wirken des Geheimdienstes. Man hatte ihm in den vergangenen Jahrhunderten die unterschiedlichsten Namen gegeben. Russlands erste politische Polizei waren die Opritschniki, Iwan der Schreckliche hatte sie 1565 als brutale Leibgarde und Terrorarmee aufgestellt. Unter den letzten Zaren war sie Ochrana genannt worden, von den Bolschewiki Tscheka, was nichts weiter hieß als »Außerordentliche Kommission«. Aus der Tscheka wurde die OGPU, daraus das NKWD, dann das Ministerium für Staatssicherheit MGB und schließlich das KGB – ein Kürzel, mit dem meine Generation aufgewachsen ist im Kalten Krieg. Wladimir Putins Inlandsgeheimdienst heißt FSB.

Während die Verfolgungsbehörden früher meist im Verborgenen wirkten, zählen jene, die heute in diesen Diensten arbeiten, ganz offen zur Elite des Landes. Keine andere Gruppe in Russland hat eine solche Macht erlangt wie das Militär, die Polizisten, Nationalgardisten und Geheimdienstler. Dass Wladimir Putin – zu der Zeit seit vier Monaten Regierungschef – am 20. Dezember 1999 auf einer Versammlung von Geheimdienstlern vermeldete, »die Gruppe von Mitarbeitern des FSB, die zur Arbeit in die Regierung abkommandiert wurde, hat die erste Etappe ihres Auftrages erfolgreich erfüllt«³, sollte zwar scherzhaft klingen. Aber im Grunde war es bitterernst. In den vergangenen mehr als zwanzig Jahren unter Putin haben die Sicherheitsorgane das gesamte Land übernommen. Vertreter und Vertrauensleute dieser Organe sitzen an den Schaltstellen des Parlaments und der Regionalverwaltungen, des Justizapparates und der Polizei. Darüber thront das Untersuchungskomitee, die wichtigste föderale Ermittlungsbehörde Russlands, die bis hin zur Presse alle Ebenen überwacht und von der Präsidialadministration gesteuert wird.

Wie der sowjetische Geheimdienst nach dem Krieg in Deutschland wirkte, ist den meisten jedoch unbekannt. Seine Truppen und Operativgruppen waren 1945 gemeinsam mit denen der Roten Armee im Osten Deutschlands einmarschiert. Das hatten die Deutschen erst gar nicht bemerkt. Den Unterschied zwischen Soldaten und Geheimdienstlern sahen sie nicht, schließlich trugen beide in Deutschland die gleichen Uniformen. Erst nach und nach wurde ihnen bewusst, dass neben den Militärs eine Institution ins Land gekommen war, die weit

mehr zu sagen hatte als die Armee und die hinter den Kulissen der Aufbauzeit ihre eigene Schreckensherrschaft errichtete, um das Land zu sowjetisieren. Denn die sowjetischen Geheimdienstler setzten im besiegten Deutschland jene Praktiken fort, die sie in der Sowjetunion erprobt hatten. Dort hatten sie in den 1920er- und 1930er-Jahren jede vermeintliche Opposition niedergeschlagen und Hunderttausende Unschuldige hingerichtet. Es war staatlich gewollter Terror.

Der sowjetische Geheimdienst gab sich auch in Deutschland selbstherrlich und gnadenlos. Wenn er es für nötig hielt, unterlief er die Politik der eigenen Militärregierung, mitunter sabotierte er deren Kurs ganz bewusst. Nach Aussagen eines früheren Mitarbeiters der Sowjetischen Militäradministration SMAD waren die sowjetischen Staatssicherheitsorgane »gerade im besetzten Deutschland eine besonders krasse Verkörperung des stalinistischen totalitären Regimes. In ihren Entscheidungen völlig unabhängig von der SMAD, missbrauchten Mitarbeiter der Organe ihre Macht, mischten sich grob und skrupellos in den politischen und ideologischen Kampf in der Zone ein.«⁴ Sie waren es vor allem, die die deutsche Bevölkerung gegen die Besatzer aufbrachten und damit die Feindseligkeiten gegen sie anheizten. Selbst führende Offiziere der damaligen Militärregierung gestanden das ein.

Über die Nachkriegsjahre ist viel geforscht worden. Es gibt Berichte über die politischen Verfolgungen in der sowjetischen Zone, über die Internierungslager, die der sowjetische Geheimdienst in früheren Konzentrationslagern des Hitler-Regimes eingerichtet hatte, über die im Verborgenen tagenden Tribunale, die Deportationen und Hinrichtungen. Auch zahlreiche Erinnerungsberichte liegen vor – etwa der von Carola Stern, die die Nachkriegszeit an einem von den Russen kontrollierten Raketenforschungsinstitut in Nordhausen und dann an der SED-Parteihochschule verbrachte, bevor sie nach Westberlin flüchtete.⁵ Es gibt aber auch Aufzeichnungen von weniger bekannten Deutschen wie die von Marie-Luise Steinert, die als Dolmetscherin bei der sowjetischen Spionageabwehr in Potsdam arbeitete, dort verhaftet wurde und im sowjetischen Gulag verschwand, bis Stalins Tod ihr die Rückkehr nach Deutschland ermöglichte.⁶ Trotzdem ist die gewaltsame Sowjetisierung Ostdeutsch-

lands mithilfe des Moskauer Geheimdienstes, diese große Tragödie der Nachkriegszeit, im öffentlichen Bewusstsein wenig präsent. Im Westen Deutschlands war das Interesse am Schicksal der Ostdeutschen ohnehin nie sehr groß. Die geteilte Geschichte nach 1945 ist dort selten als gemeinsame Geschichte begriffen worden.

Dabei gibt es noch viel zu erzählen über diese Jahre nach 1945. Was der Geheimdienst damals in Deutschland im Einzelnen tat – übrigens nicht nur in Ost-, sondern auch in Westdeutschland –, womit er sich tagtäglich beschäftigte und welche Spannungen es deswegen selbst unter den russischen Besatzern gab, davon wissen wir kaum etwas. Ein Dreivierteljahrhundert nach Kriegsende liegen viele Dokumente, die das Wirken dieser Dienste widerspiegeln, noch immer in Moskau unter Verschluss. Es ist kaum anzunehmen, dass sich das unter den jetzigen Umständen in Russland ändern wird.

Vor wenigen Jahren jedoch öffnete sich ein Fenster, das einen unerwarteten Einblick in Interna des sowjetischen Geheimdienstes ermöglichte. Beim Umbau einer Garage auf einer früheren Generals-Datscha unweit von Moskau waren 5700 Seiten eng beschriebene Tagebuchaufzeichnungen entdeckt worden – in einem Koffer versteckt, eingemauert in einer Wand. Der Fund entpuppte sich als Notizen und Erinnerungen von Generaloberst Iwan Serow, der von 1945 bis 1947 Stalins Geheimdienstbevollmächtigter in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) war, später aber in Ungnade fiel. Serow hatte die Aufzeichnungen offenbar für den Fall versteckt, dass er selbst einmal Opfer innersowjetischer Machtkämpfe werden würde, und sie als Rechtfertigung seines eigenen Tuns angelegt.

Serows Name wird in diesem Buch öfter auftauchen. Er war ein williger und wegen seiner Härte berüchtigter Handlanger Stalins, der sich nicht scheute, selbst Genossen der sowjetischen Militäradministration zu denunzieren, wenn er sie für zu nachsichtig gegenüber den besiegten Deutschen hielt. Dass er nach Stalins Tod nicht zusammen mit Lawrenti Beria erschossen wurde, dem gefürchteten früheren sowjetischen Geheimdienstchef, hat er wohl allein Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow zu verdanken. Den hatte er bereits 1939 kennengelernt, als Chruschtschow Parteichef in der Ukraine war und Serow zum Volkskommissar für Inneres und damit auch zum Ge-

heimdienstchef der Ukraine ernannt worden war. Es war die Zeit der blutigen Säuberungen. Beide wussten viel voneinander, und so ist es nicht verwunderlich, dass Chruschtschow ihm in der gefährlichsten Phase seines Lebens half, ja Serow ein Jahr nach Stalins Tod sogar zum ersten Vorsitzenden des Geheimdienstes KGB machte.

Serows Erinnerungen, die von seiner Enkelin Vera gefunden wurden, sind einer der Ausgangspunkte für dieses Buch gewesen. Ich habe Vera Serowa in Moskau aufgesucht und bin in die Moskauer Archive gegangen, um die Aufzeichnungen ihres Großvaters zu überprüfen. Dabei entdeckte ich eine Fülle weiterer Dokumente aus jener Zeit. Im Russischen Staatsarchiv liegen die Akten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, im Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte die Nachlässe Josef Stalins und seines Regierungschefs und Außenministers Wjatscheslaw Molotow. In diesen Unterlagen, vor allem in den Personalakten der einstigen Militärregierung, fanden sich neue Details über das Wirken der Geheimdienste. Sie lassen sich wie bei einem Puzzle zu einem Bild zusammensetzen. Und dieses Bild elektrisiert. Es zeigt uns, wie sehr sich Geheimdienste verselbstständigen können, wenn sie allein ihren Vorstellungen von Kontrolle und Repression folgen und auf diese Weise die politischen Absichten jener durchkreuzen, in deren Auftrag sie eigentlich handeln.

Eine Frage bewegte mich zuvorderst: Wer waren die Geheimdienstler, die 1945 nach Deutschland geschickt wurden? Nie ist bisher beschrieben worden, welche Lebensläufe diese Menschen hatten. Da findet sich der jüdische Hauptmann, der eine vernichtende Akte zum Schauspieler Heinrich George anlegte und später wegen seiner Herkunft selbst verfolgt wurde, ebenso wie der russische Unterleutnant, der in den 1930er-Jahren mehr als hundert Landsleute hinzurichten half und damit zum Massenmörder wurde. Dieser Unterleutnant sollte später im Bezirk Gera einen leitenden Posten im Geheimdienst einnehmen. Es sind sogar Topagenten dabei, zu deren Karriere politische Morde im westlichen Ausland zählten und die in Deutschland bis in höchste Funktionen aufstiegen.

Die Herkunft diese Männer erklärt nur teilweise, warum ihr Umgang mit den besiegten Deutschen so rücksichtslos war. Wahl-

los verhafteten sie Schuldige und Unschuldige, manchmal insgesamt Zehntausende pro Tag. Heute stellt sich heraus, dass davon selbst kommunistische Funktionäre und deren Kinder betroffen waren, die ohne jegliches Lebenszeichen für viele Jahre verschwanden oder überhaupt nicht mehr zurückkehrten. Bislang nicht veröffentlichte Dokumente belegen, dass Mitglieder der neuen Staatspartei SED ihre Spitzenfunktionäre Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht mitunter empört auf die Praktiken des sowjetischen Geheimdienstes hinwiesen. Pieck sprach dieses Thema schließlich bei Stalin im Moskauer Kreml an.

Der Geheimdienst ging in der sowjetischen Zone oft chaotisch vor, viele seiner Mitarbeiter waren unfähig oder überfordert. Sie erhielten aus Stalins Machtapparat eine kaum zu bewältigende Flut von Befehlen. Zugleich wurde ihnen suggeriert, überall mitreden und sich einmischen zu können, ohne dass sie ausreichend Sachkenntnisse besaßen.

Und was gehörte nicht alles in ihr Portefeuille! Kaum in Deutschland angekommen, ging der Geheimdienst auf Jagd nach Prominenten. Er suchte, fand und versteckte die Hitler-Leiche, verhaftete die Witwe des letzten Kaisers und dessen früheren Geheimdienstchef, sperrte den Verräter des deutschen KP-Chefs Ernst Thälmann ebenso ein wie Beteiligte an der Ermordung Rosa Luxemburgs im Jahr 1918. Die Betroffenen überlebten das in der Regel nicht. Der Geheimdienst stöberte zudem alle nur denkbaren Archive auf und ließ sie – oft ohne die eigene Militärregierung zu informieren – nach Moskau bringen, selbst Briefe russischer Generäle an den preußischen König oder Beobachtungsakten zu Karl Marx aus dem Berliner Polizeipräsidium.

Der Dienst war selbst mit kleinsten Vorkommnissen befasst, auch wenn es nur Unglücksfälle waren – für eine Anklage wegen Sabotage reichte es allemal. Er war auf der Suche nach deutschem Know-how, sicherte sich die noch vorhandenen V2-Raketen ebenso wie die Bauzeichnungen des deutschen Opel Kadett oder des ersten strahlgetriebenen Bombers der Welt. Und er inszenierte 1946 die Verschleppung jener 2500 Raketenfachleute sowie Spezialisten von Junkers,

Zeiss und den Heinkel-Werken, die für Jahre in der Sowjetunion verschwanden – eine Aktion, die so nur der Geheimdienst organisieren konnte. Nach ebendiesem Muster hatte er in den Jahren zuvor bereits ganze Völker und Nationalitäten innerhalb der Sowjetunion deportiert.

Auf eine Idee des Geheimdienstes gingen auch die Beschlagnahme und Ausfuhr großer Getreidevorräte aus Deutschland im Jahr 1946 zurück – während einer extrem angespannten Versorgungslage in der sowjetischen Zone und gegen den ausdrücklichen Willen der sowjetischen Militärregierung. Ebenso wenig dürfte den meisten bekannt sein, dass ein großer Teil der von den Russen in Deutschland demontierten Betriebe, Maschinen und Schienenstränge nicht per se dem Wiederaufbau der zerstörten sowjetischen Wirtschaft diene. Denn der Geheimdienst bestand darauf, ein bedeutendes Stück von den Reparationen abzubekommen und deutsche Technik sowie deutsche Produktionsanlagen in seinem eigenen Wirtschaftsimperium einzusetzen: in den Straf- und Arbeitslagern des riesigen Gulag.

Den größten Schaden aber richteten die Organe der sowjetischen Staatssicherheit auf politischer Ebene an. In den Personalakten, die sie über deutsche Funktionäre führten, sind die Spuren ihrer Eingriffe deutlich zu sehen. Sie verfolgten und verhafteten ehemalige Sozialdemokraten selbst dann noch, als diese sich mehr oder weniger mit der Zwangsvereinigung abgefunden und den Übertritt in die SED vollzogen hatten. Das Vorgehen der Geheimdienstler durchkreuzte nicht nur Pläne der SED-Führung, sondern zugleich Absichten der eigenen Militärregierung. Ihr Kontrollwahn machte nicht einmal vor Männern wie Pieck, Ulbricht oder Otto Grotewohl Halt, die Moskau selbst als Spitzenleute in der sowjetischen Zone eingesetzt hatte. So wurden die Genannten quasi von den eigenen Leuten sabotiert. Dass sich der Geheimdienst in die Personalpolitik einmischte, um nach eigenem Gusto Weichen für die weitere Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone zu stellen, gehört ebenfalls zu diesem Kapitel. Skrupellos setzten Moskaus Staatssicherheitsemissäre Deutsche auf hohe Posten, die politisch und moralisch belastet waren – von denen sie also wussten, dass man sie erpressen und steuern konnte.

Naturgemäß am wenigsten bekannt ist, was sich in den Nach-

kriegsjahren unter den sowjetischen Besatzern selbst abspielte. Sicher, die Hauptaufgabe des Geheimdienstes bestand darin, die Deutschen zu disziplinieren und Widerstand gegen die Sowjetisierung niederzuschlagen. Aber er hatte natürlich auch ein Auge auf die eigenen Leute: auf die Sowjetbürger, die sich zu jener Zeit im Osten Deutschlands befanden. Nicht wenige von ihnen kritisierten die Moskauer Führung oder verweigerten gar den Dienst in der Besatzungsarmee. Es gab Verräter und Überläufer sowie Millionen ehemalige sowjetische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland. Wie gnadenlos der Geheimdienst mit diesen Menschen umging, mit welchem Misstrauen und welcher Geringschätzung er selbst Opfer des Hitler-Regimes behandelte, spiegelt sich in erschütternden menschlichen Dramen, die sich damals im Osten Deutschlands abspielten, unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit.

Auch der erbitterte Kampf zwischen den verschiedenen sowjetischen Geheimdiensten war in Deutschland zu spüren. Manch fatale Entscheidung der Russen hatte gar nichts mit den Deutschen zu tun, sondern mit der Konkurrenz und mit persönlichen Unverträglichkeiten der Geheimdienstler untereinander, mit der Wahrung von Privilegien oder dem Kampf um die Nähe zu den Machthabern in Moskau. Die Fehden wurden mitunter von Berlin bis zu Stalin in den Kreml getragen. Die Deutschen in der Sowjetzone büßten damit indirekt für etwas, das sich im fernen Moskau abspielte.

Besonders spannend ist die Frage, was hinter den Prozessen gegen jene Geheimdienstler steckte, die Ende der 1940er-Jahre in Moskau wegen schwerer Verbrechen in der sowjetischen Besatzungszone verurteilt wurden. Sühnte man damit wirklich die realen Vergehen dieser Männer in Deutschland, oder steckten auch hinter diesen Tribunalen interne Machtkämpfe der sowjetischen Führung? Die Aussagen der später Verurteilten werfen jedenfalls ein Schlaglicht auf das, was der Geheimdienst nach 1945 in Deutschland anrichtete.

Dass in diesem Buch zum Schluss die Geburt des ostdeutschen Geheimdienstes beleuchtet wird, liegt nahe. Aus den aufgefundenen Dokumenten geht hervor, dass es bereits 1945 eine von Deutschen aufgebaute politische Polizei in der Sowjetzone gab oder bestimmte

Polizeieinheiten sich als eine solche verstanden und dass Deutsche bei Verhaftungen eigener Landsleute Hand in Hand mit dem russischen Geheimdienst arbeiteten.

Der Blick auf die Nachkriegsjahre im Osten Deutschlands zeigt eine zerstörte Gesellschaft, die sich in tiefer Schuld befand, die ihre Zukunft erst vor sich hatte und den Weg dorthin suchte. Wie zerstörerisch der sowjetische Geheimdienst in dieser sensiblen Phase in die Geschicke der Deutschen eingriff, ist von besonderer Tragik. Davon wird in diesem Buch nicht chronologisch, sondern anhand verschiedener Themen berichtet. Jedes Kapitel greift eine der Aufgaben heraus, die der Geheimdienst in Deutschland zu erfüllen hatte, und erzählt von den politischen Folgen und persönlichen Dramen in diesem Bereich.

Die Dokumente aus jener Zeit belegen nicht zuletzt, was russische Historiker gern abstreiten: Die gezielte Stalinisierung und Sowjetisierung des östlichen Deutschland wurde bereits seit 1945 betrieben. Sie begann also nicht erst mit der Währungsreform 1948 in den drei westlichen Besatzungszonen, mit der sich die Gründung eines westdeutschen Staates abzeichnete.

Welche seelischen und psychischen Schäden die Herrschaft des Geheimdienstes im Osten Deutschlands hinterließ und ob das Gift der Indoktrination jener Jahre vielleicht sogar bis heute wirkt – auch darüber muss nachgedacht werden. Findet sich hier vielleicht eine Erklärung für die anhaltende Autoritätshörigkeit mancher Ostdeutscher oder für ihre Ablehnung einer vorwiegend westdeutsch geprägten Demokratie?

Auf den folgenden Seiten sind viele bislang unbekannte Zeugnisse von Willkür und Verbrechen der Sowjetzeit versammelt. Man kommt gar nicht umhin, sie auch im Lichte jenes Krieges zu sehen, den Putin 2022 in Europa entfesselt hat. Denn mit ihm wurde einmal mehr offenbar: Im Unterschied zu anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion hat es in Russland seit den 1990er-Jahren keinen Wandel in Richtung einer modernen zivilen Gesellschaft gegeben. Es gab keinen Schlussstrich unter die Diktatur, keine Prozesse gegen die Unterdrücker und

Henker. Vor allem aber: Weder Armee noch Geheimdienst wurden reformiert. »Im Unterschied zu den Staaten Ost- und Mitteleuropas blieben in Russland zwei Säulen der Leninschen Diktatur dauerhaft erhalten: die Geheimpolizei und die Armee«, sagt der Historiker Jan Claas Behrends⁷ und verweist auf die Kontinuität der Repression in diesem Land. Männer wie Wladimir Putin, die durch das KGB sozialisiert wurden, bleiben ihr Leben lang den Regeln und dem Denken des Geheimdienstes verhaftet. Sie verachten jegliche auf westlichen Normen und Werten basierende Moral – ihnen kommt es allein darauf an, den Gegner zu besiegen. Deutlich wird nun zudem, wie sehr ein über Jahre hinweg gefälschtes Geschichtsbild dazu beiträgt, ein ganzes Volk – in diesem Fall das russische – auf einen sinnlosen und verbrecherischen Krieg einzuschwören. Auch die Heroisierung eines angeblich überlegenen Geheimdienstes, der in Wahrheit vor allem die neoimperiale Politik der jetzigen Führung abzusichern hat, spielt hierbei eine Rolle.

Es gibt durchaus Parallelen zwischen der ostdeutschen Nachkriegszeit und der Art und Weise, wie Putin in der Ukraine vorgeht. Zwar rückte die Rote Armee 1945 in Deutschland als Befreier ein und nicht als Aggressor wie die russische Armee 2022 in der Ukraine. Aber der Plan war in beiden Fällen ähnlich: Deutsche wie Ukrainer sollten dem russischen Machtbereich untergeordnet und als selbstständige Nationen weitgehend ausgelöscht werden. So wie 1945 im Osten Deutschlands gingen russische Geheimdienstler und Militärs auch 2022 in der Ukraine vor: Sie verhafteten alle aus ihrer Sicht nur halbwegs Verdächtigen, die sich politisch oder militärisch profiliert hatten, und steckten sie in Gefängnisse. Tausende, wenn nicht Zehntausende unschuldige ukrainische Zivilisten wurden in »Filtrationslager« auf russisches Gebiet gebracht – auch diese Praxis stammt aus der Zeit unmittelbar nach 1945. Wen verwundert es da, dass im Sommer 2022 in Russland Vorschläge gemacht wurden, in den besetzten Gebieten der Ukraine die berüchtigte Stalin'sche Spionageabwehr SMERSCH wiederzubeleben, einen der berüchtigtsten Geheimdienste der Sowjetzeit?⁸ Ein wesentlicher Unterschied: Konnten Stalins Besatzer in Deutschland noch zu Recht vorgeben, den Faschismus ausmerzen zu wollen, so ist daraus in der Ukraine gut 75 Jahre später

ein bloßer Vorwand geworden, der Putins weiterreichende Ziele verschleiern soll.

Russlands Geheimdienste sind nach wie vor in Deutschland aktiv. Fast 200 ihrer Agenten saßen bis 2023 allein in der Berliner Botschaft, getarnt als Diplomaten. Im Unterschied zu anderen Geheimdiensten beschränken sich die russischen Dienste nicht auf Spionage, sondern knüpfen mehr denn je an terroristische Praktiken vergangener Jahrzehnte an. Deutschland hat das 2019 bei der Hinrichtung des Georgiers Selimchan Changoschwili in Berlin erlebt – einem demonstrativ in aller Öffentlichkeit ausgeführten Auftragsmord, für den das deutsche Gericht später explizit staatliche Stellen Russlands verantwortlich machte.

Als ich jung war, ahnte man in meiner Heimatstadt von solchen Dingen nichts. Die Menschen merkten zunächst nicht einmal, wie dicht sie an der Grenze des sowjetischen Machtbereiches lebten. Das änderte sich, als die Ausflugsdampfer auf der nahen Elbe nur noch flussaufwärts fuhren, Richtung Süden. Denn nach Norden, dorthin, wo der Strom an der niedersächsischen Seite Richtung Hamburg fließt, ging es plötzlich nicht mehr – die Grenze zwischen beiden politischen Lagern verlief dort mitten in der Elbe und war von nun an unüberwindbar. In den 1980er-Jahren versuchte ein Freund von mir, den Fluss westwärts zu durchschwimmen. Es gelang ihm nicht, und er verschwand für Jahre in einem Gefängnis der Staatssicherheit – jener Staatssicherheit, die Anfang der 1950er-Jahre mithilfe des sowjetischen Geheimdienstes entstanden war.

Die Grenzsperrren sind inzwischen abgebaut, auch die Mauer quer durch meine Heimatstadt gibt es nicht mehr. Aber es gibt wieder mehr offensichtliche Gründe, sich an all das zu erinnern.

2

NKWD oder KGB?

Das Leben der Russen besteht aus Akronymen. Was für die Deutschen ein fast undurchdringlicher Abkürzungsdschungel ist, das ist für die Russen Sprachökonomie. Sie lieben es, aus den Anfangsbuchstaben mehrerer Wörter ein einziges kurzes zu bilden. Von Anbeginn betraf das auch die Sphäre der Geheimdienste. Tscheka, OGPU, NKWD oder KGB sind also keine Tarnbezeichnungen, sie stehen – nur zu unterschiedlichen Zeiten – für ein und dieselbe Organisation: die für die Staatssicherheit verantwortliche Geheimpolizei. Namen, Kompetenzen und Unterstellungen sollten sich immer wieder ändern. Die Tatsache, dass dies besonders auf die Herrschaftszeit Stalins zutrifft, hatte mit dessen Argwohn zu tun. Durch ständige Strukturveränderungen versuchte der sowjetische Diktator zu verhindern, dass die Sicherheitsapparate zu eigenmächtig wurden, und löste nicht selten Konkurrenzkämpfe unter ihnen aus, »in denen sich die Geheimdienstler hart bekämpften«, wie der Historiker Andreas Hilger betont.¹

In diesem Buch geht es um den Geheimdienst der Nachkriegsjahre. Für ihn wird hier meist der Begriff NKWD benutzt. Ganz korrekt ist das nicht, aber es erleichtert das Lesen. In Wirklichkeit waren es nämlich vier selbstständige Geheimdienste, die 1945 auf deutsches Gebiet vorstießen. Der erste war die Spionageabwehr SMERSCH – was ebenfalls eine Abkürzung ist und für die Losung »Tod den Spionen« steht –, eine Einrichtung der militärischen Abwehr. Sie unterstand dem Volkskommissariat für Verteidigung. Der zweite Dienst befasste sich ebenfalls mit Spionagewehr, aber in den Truppenteilen der Marine. Die Funktion der eigentlichen Geheimpolizei in

der UdSSR nahm das Volkskommissariat für Staatssicherheit NKGB wahr, zu dem auch die Auslandsaufklärung gehörte. Und schließlich gab es das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, also das Innenministerium, dem lange Zeit die berüchtigte graue Eminenz Lawrenti Beria vorstand. Es verfügte über die Inneren Truppen – paramilitärische Einheiten zum Schutz der Grenzen, Eisenbahnen und staatlichen Institutionen sowie zum Kampf gegen Banditismus – sowie über die Gefängnisse, die Lager und die Miliz. Das – und nur das – war, abgekürzt, das NKWD.

Warum steht trotzdem meist allein das Kürzel NKWD für den Geheimdienst jener Jahre? Das hat mit einer Besonderheit zu tun. Denn im Innenkommissariat war seit dessen Gründung 1934 auch die Geheimpolizei angesiedelt, sie befand sich also unter dem Dach des NKWD. Wer von den Russen »NKWD« sagte, meinte zuallererst die Staatssicherheit. Im Februar 1941 allerdings bekam sie als NKGB ein eigenes Volkskommissariat, nur um nach Kriegsbeginn wieder ins Innenministerium zurückzukehren. Zwei Jahre später wurde daraus erneut ein eigenständiges Volkskommissariat.

Das Innenkommissariat, das NKWD, blieb jedoch bis Anfang der 50er-Jahre eine mächtige Organisation, denn viele Abteilungen der Staatssicherheit arbeiteten bis 1954 weiter unter seinem Dach – so die Hauptverwaltung für die Spionage in kapitalistischen Ländern, die Spionageabwehr innerhalb der UdSSR, die Geheimdienstabteilungen in sensiblen Industrieobjekten oder der Personenschutz für die führenden Partei- und Regierungsfunktionäre. Die meisten Russen sahen im Innenministerium, dessen Mitarbeiter bis zum Sommer 1945 ausnahmslos Dienstgrade der Staatssicherheit besessen hatten, nach wie vor die Zentrale der politischen Polizei. Auch im Deutschland der Nachkriegsjahre wurde meist der Begriff NKWD benutzt, wenn vom sowjetischen Geheimdienst die Rede war. Allerdings ging es dabei mit dem Artikel bunt durcheinander: Mal war es *der*, mal *die* NKWD. Gehen wir von der deutschen Übersetzung aus, muss es richtig heißen: *das* NKWD.

Im Verlauf des Jahres 1946, als Moskau die Volkskommissariate in Ministerien umbenannte, lichtetete sich zumindest im offiziellen sowjetischen Sprachgebrauch der begriffliche Dschungel: Aus dem

NKWD wurde das Innenministerium MWD, aus dem NKGB das Ministerium für Staatssicherheit MGB. Letzteres existierte allerdings nur sieben Jahre lang, am Tag von Stalins Tod wurde es erneut ins Innenministerium eingegliedert. Erst im Jahr darauf, im März 1954, vollzog die sowjetische Führung eine wirkliche Trennung. Die Organe der Staatssicherheit wurden jetzt endgültig aus dem MWD herausgelöst und als »KGB« selbstständig; als Komitee für Staatssicherheit, das über 34 000 Mitarbeiter und einen jährlichen Etat von fast vier Milliarden Rubel verfügte.² Von da an herrschte Klarheit in Sachen politischer Polizei. Die drei Buchstaben KGB wurden weltweit zum Synonym für Repressionen in der Sowjetunion und für Moskaus Untergrundarbeit im Ausland. Das KGB existierte 37 Jahre lang, bis kurz vor dem Zusammenbruch der UdSSR. Nach sowjetischen Maßstäben war das eine Ewigkeit.

3

Die unbekannte Macht

Das kleine vogtländische Städtchen Pausa, fast 800 Jahre alt und einst für seine Webereien berühmt, liegt in einer Ausbuchtung Sachsens, dicht an den Grenzen zu Thüringen und Bayern. Verlässt man das Stadtzentrum Richtung Südosten, trifft man bald auf die August-Bebel-Straße. Haus Nummer 2 ist ein Eckhaus, das mit einer Front zur Bernsgrüner Straße zeigt, die in ihrer Verlängerung zur sächsisch-thüringischen Grenze führt.

Es war der 7. Dezember 1945, ein Freitag. Der letzte Monat jenes Jahres, in dem der Krieg zu Ende gegangen war, gab sich versöhnlich mild, als wolle auch er den Menschen eine Atempause gönnen.

Nanny Huster und Margarete Wolf konnten das nicht genießen, denn zum Schrecken der beiden Frauen drangen an diesem Tag drei Besatzer in ihr Haus. »2 russische Soldaten von der G.P.U. – ein Leutnant und dessen Chauffeur sowie eine Dolmetscherin«, hieß es später im Bericht des Plauener Landrates an die Landesverwaltung Sachsen. Er habe eine Durchsuchung vorzunehmen, ließ der Offizier über die Dolmetscherin ausrichten. Zeugen hätten ausgesagt, der Mann von Margarete Wolf sei während des Krieges Leiter eines Lagers für Ostarbeiter gewesen und hätte diese misshandelt. Sie müssten ihn verhaften.

Wolf war nicht zu Hause, aber die ungebetenen Gäste durchsuchten das Haus. Sie nahmen »500 RM in alliierten [sic] Noten« mit, »2 goldene Ringe, 4 Paar seidene Damenstrümpfe, 1500,- RM Lohn-gelder«. Der Gesamtwert der geplünderten Sachen belief sich auf 2200 Reichsmark, teilte der Landrat der Landesregierung in Dresden mit.¹ Diese Summe entspräche heute etwa 9000 Euro.

Ein vergleichsweise harmloser Vorgang, werden wir mit unserem jetzigen Wissen sagen. Aber es ist nur eine der Meldungen, wie sie in jenen Monaten tausendfach von deutschen Lokalbehörden gefertigt wurden. Seit sieben Monaten schon hielten die Truppen der Roten Armee den Osten Berlins und den größten Teil des früheren Mitteldeutschlands besetzt. Ihr Auftrag: Kriegsverbrecher und Nazis dingfest zu machen und aus dem besiegten Land Reparationen für die eigene Heimat einzutreiben. Aber es waren auch mehr als 16 Millionen Menschen zu versorgen und neue Verwaltungen aufzubauen.

Dass Stalins Armee sich als eine Armee der Sieger verstand, wunderte niemanden. Und dass die sowjetischen Soldaten nach all dem, was die Deutschen Grauensvolles in ihrer Heimat angerichtet hatten, nun eigene Rachegefühle befriedigten, war zumindest psychologisch verständlich. Die Besiegten spürten es überall: Ordnungswille und Neugestaltung gingen einher mit Willkür und Gewalt. Was den Deutschen jetzt widerfuhr, ging mitunter noch über das hinaus, womit Joseph Goebbels ihnen in seinen Propagandareden in den letzten Monaten Angst gemacht hatte: Soldaten schlugen mit Äxten Wohnungstüren ein und erschossen in den Ställen das Vieh. Sie nahmen ihnen auf der Straße Autos, Motorräder und Fahrräder weg, misshandelten selbst die neu eingesetzten Bürgermeister und Polizisten und warfen Zehntausende Deutsche in Gefängnisse. Sollte so der lang ersehnte Frieden aussehen?

Viele Ostdeutsche gingen anfangs davon aus, ihre Zone würde ein unmittelbarer Bestandteil des Stalin'schen Imperiums werden. Als sich die Historikerin und Journalistin Margret Boveri im Mai 1945 von Berlin aus mit dem Fahrrad auf den Weg zu ihrem früheren Sommerhaus bei Teupitz machte, begegnete sie zweimal russischen Wagen mit Ölfarbe. Sie »fuhren von Straßenschild zu Straßenschild, löschten die deutschen Ortsnamen aus und ersetzten sie durch Worte in kyrillischen Buchstaben. Ich schloß daraus, daß der von den Russen besetzte Landstrich nicht Besatzungsgebiet bleiben, sondern der Sowjetunion einverleibt und vollkommen russifiziert werden sollte.«² Diese weit verbreitete Vermutung mag bei vielen das Entsetzen verstärkt haben, das sie angesichts der grassierenden Gewalt verspürten.

Es gab Landräte, die ein eigenes Formular entwickelt hatten, um täglich von den Übergriffen der Besatzer zu berichten. In der Nacht vom 9. zum 10. Juli 1945 etwa wurde das brandenburgische Dorf Menz von 40 bis 50 Angehörigen der Roten Armee überfallen. Gegen 1.30 Uhr drang eine Gruppe Soldaten in das Haus Berliner Straße 11c und »in die Wohnung des Ernst Müller durch Zerschlagen der Türfüllung ein«, meldete der Bürgermeister später dem Kreiskommandanten. »Frau Emma Müller schrie aus dem Fenster um Hilfe [...] und wurde von den eindringenden Soldaten an den Haaren auf den Treppenflur geschleift.« Sie »versuchte, in die gegenüberliegende Wohnung des Richard Schulz zu gelangen, was ihr aber nicht mehr gelang, da sie inzwischen von einem Soldaten niedergeschossen wurde«. Fünf Pistolenschüsse wurden dokumentiert: »Ein Einschuß hart am linken Auge [...], der andere Einschuß unterhalb der linken Brustseite [...], beide Schüsse sofort tödlich.«³

Die Meinung der Bevölkerung über die Besatzungstruppen war verheerend. Täglich wurden Frauen vergewaltigt. »In Michaelisbruch begehren russische Soldaten besonders nachts Einlass in Gehöften ... Unter Benutzung von Dunggabeln werden die Fenster mitsamt dem Fensterkreuz herausgeschlagen, Möbelstücke zertrümmert und alle Räume nach Frauen durchsucht«, wurde dem Landrat in Neuruppin mitgeteilt.⁴ »Vergewaltigung von 17 Frauen auf der Strecke Schacksdorf-Lichterfeld«, meldete man – etliche Monate nach dem Einmarsch der Roten Armee – dem Landrat in Luckau.⁵ Und der Polizeiposten der sächsischen Gemeinde Planitz-Deila, Wachtmeister Franke, beklagte gegenüber dem Kommandeur der Kreispolizei Meißen, die 18-jährige Gertrud Richter sei »in den vorhergehenden Wochen schon etwa 20mal vergewaltigt« worden.⁶

An die ständigen Vergewaltigungen hatten sich die Einwohner fast schon gewöhnt, der Diebstahl von Vieh, Kleidung und Lebensmitteln dagegen erschien ihnen bald lebensbedrohlich. Denn »die Folge ist, daß keiner der Einwohner sich auf seinen Acker traut und nicht mal seinen Hausgarten aufsuchen kann. Die Bevölkerung ist völlig eingeschüchtert«, schrieben Bürgermeister und Gutsverwalter von Binenwalde im Mai 1945.⁷ Wer jeweils für die Vergewaltigungen, Plünderungen und Festnahmen verantwortlich war, vermochte

kaum jemand der Betroffenen zu sagen. Die Soldaten und Offiziere fuhren oft mit Autos ohne Kennzeichen vor, ihre Gesichter hatten sie nicht selten geschwärzt.

Dass sie es mit unterschiedlichsten Militärs zu tun hatten, erschloss sich den Deutschen anfangs nicht. Woher sollten sie wissen, dass mit Stalins Armeen auch Vertreter anderer sowjetischer Behörden ins Land gekommen waren – Mitarbeiter der Spionageabwehr, der verschiedenen sowjetischen Geheimdienste und von Moskau ausgesandte zivile Funktionäre? Sie alle steckten in ähnlichen Uniformen. Selbst den Frauen und Männern des zum Volkskommissariat für Inneres (NKWD) gehörenden Geheimdienstes NKGB war ihre Herkunft nicht mehr anzusehen – Stalin hatte gleich nach Kriegsende veranlasst, dass die Dienstränge der Staatssicherheit denen der Armee angeglichen wurden. Ein Major der Staatssicherheit war damit rein äußerlich zum gewöhnlichen Armee-Major geworden, ein Kommissar der Staatssicherheit zum General. Auch die scharlachroten Romben auf den Kragenspiegeln der Uniformen, an denen man früher sowjetische Geheimdienstler ausmachen konnte, waren nun verschwunden.

Dementsprechend fanden sich in den Meldungen deutscher Polizeiposten, Bürgermeister und Landräte nur selten direkte Hinweise auf das Wirken des Geheimdienstes. Der Bericht des Plauener Landrates über die Plünderung in Pausa stellt eher eine Ausnahme dar, deswegen ist er hier angeführt. In ihm wurden zwei russische »Soldaten von der G.P.U.« erwähnt. Die GPU – die »Staatliche Politische Verwaltung«⁸ – war die frühere, im Ausland noch länger geläufige Bezeichnung der sowjetischen Geheimpolizei, die 1934 im NKWD aufging. Es ist davon auszugehen, dass sich die Eindringlinge in der Pausaer August-Bebel-Straße tatsächlich als Geheimdienstler vorstellten, denn ihnen ging es vorgeblich um ein politisches Anliegen: die Verhaftung des Leiters eines Ostarbeiterlagers.

Auch in einem Bericht an den »Oberlandrat in Kottbus« vom September 1945 taucht der Geheimdienst auf: »Die⁹ [sic] NKWD hat im Berichtsmonat Haussuchungen in Städten und Gemeinden durchgeführt und oftmals aus einzelnen Dörfern bis zu 15 Personen inhaftiert.«¹⁰ Ein politischer Bericht an den Oberlandrat sowie die

KPD- und SPD-Kreisleitungen von Luckau wies im November 1945 ebenfalls auf das NKWD hin: »Die Bevölkerung des Kreises ist in Unruhe geraten, weil insbesondere in der letzten Zeit Jugendliche beiderlei Geschlechts von russischer Seite in Schutzhaft genommen werden. Über ihren Verbleib kann nichts ermittelt werden.«¹¹

Die Behörden waren in ihrem Kenntnisstand längst weiter als die Bevölkerung. Ihnen war schnell klar geworden, dass sie Berichte über Verbrechen sowjetischer Soldaten an das NKWD weiterleiten mussten, weil solche Beschwerden zuständigkeithalber allein dorthin gehörten. Die Militärkommandanturen trugen nämlich selten zur Aufklärung der Mordfälle bei oder verschleppten sie regelrecht. In den zahlreichen Berichten der Kreisverwaltung Zerbst in Sachsen-Anhalt fand sich ein Vorfall, der besondere Empörung auslöste: In der Nacht zum 13. November 1945 hatten mehrere Russen das Bürgermeisteramt der Gemeinde Zieko bei Coswig aufgesucht und um einen Eimer Wasser für ihr heiß gelaufenes Auto gebeten. Bei dieser Gelegenheit durchsuchten sie zugleich die Räume und plünderten alles Wertvolle, das sich ihnen bot. Als sie auch noch den Mantel des Bürgermeisters mitnehmen wollten, protestierte der Mann energisch – und wurde daraufhin per Kopfschuss von einem der Soldaten getötet.

Im Rapport des zuständigen Oberwachtmeisters hieß es: »Der Bürgermeister von Zieko, Gen. Franz Grey, war von jeher Antifaschist und Mitglied der kommunistischen Partei. Sein Amt als Bürgermeister hat er nach jeder Seite hin gerecht geführt. Meldung und Bericht in dieser Angelegenheit wurde am 6. 12. 1945 der N.K.W.D. zur Untersuchung übergeben.«¹²

Neben jenen Menschen, die qua Amt von der Existenz der sowjetischen Geheimdienste in der SBZ wussten, gab es eine weitere Gruppe, die sehr früh mit dem NKWD in Berührung kam und diese Institution auch schnell so zu benennen wusste: die Angehörigen der vom Geheimdienst Verhafteten. Da es dabei um Tausende, ja Zehntausende ging, sprach sich bald herum, dass mit der Roten Armee auch eine Truppe nach Deutschland gekommen war, die kaum sichtbar arbeitete, aber mächtiger war als die eigentliche Besatzungsmacht – weil sie allein der Moskauer Zentralgewalt unterstand. Es war eine Truppe, die der sowjetischen Militäradministration in